

## LFA 11 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

**Arbeitsauftrag 1 (AA1) des Landesvorstandes: Erstellung eines Positionspapieres zum Volksbegehren der Initiative „Hamburger Zukunftentscheid“, u.a. unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf Freiräume in der Stadt, Wohnungsbau und Nachverdichtung.**

**Zieltermin: 08.09.2025**

### **Positionspapier zum Hamburger Klima-Volksentscheid 2040**

#### **Veranlassung:**

Der Verein „Hamburg Klimaneutral e.V.“ betreibt nach seiner ursprünglichen Volksinitiative und einem erfolgreichen Volksbegehren einen Volksentscheid, der das bereits Ende 2023 durch die Hamburgische Bürgerschaft beschlossene, ambitionierte Hamburgische Klimaschutzgesetz (HmbKliSchG) noch weiter verschärft.

Während der Hamburger Senat das EU weite Ziel, CO<sub>2</sub> Neutralität bis 2050 zu erreichen, bereits fünf Jahre früher, nämlich 2045, erfüllen will, fordert die Initiative Klimaneutralität bereits bis 2040.

Nach heutiger Gesetzeslage ist Hamburg verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen **bis 2045** um 98 % zu reduzieren.

Der vom Verein „Hamburg Klimaneutral e.V.“ verfasste und im Rahmen des Volksentscheids am 12.10.2025 zur Abstimmung gestellte Gesetzestext liest sich wie ein Antrag der Partei „Die Grünen“ oder einer ihrer vielen Vorfeldorganisationen, die Klimapolitik leider sehr isoliert betrachten, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen zu nehmen. Nach dem Motto „Wir retten das Weltklima in Hamburg“ werden sehr weitreichende Forderungen formuliert, die dem Anspruch einer ausgewogenen Politik, die langfristig nur mit Akzeptanz in der Breite der Gesellschaft erfolgreich sein kann, nicht gerecht werden. Zudem sind die positiven Auswirkungen der zur Abstimmung gestellten Gesetzesänderungen fraglich, während die negativen Auswirkungen für unsere Stadt erheblich sein werden.

Die Illusion: Hamburg kann in wenigen Jahren das Weltklima maßgeblich beeinflussen.

Die Realität: Massive Belastungen ohne global messbaren Effekt.

Deshalb sagen wir: **„Nein zum Hamburger Klima-Volksentscheid 2040“**  
denn er ist,

- Extrem teuer für alle Hamburgerinnen und Hamburger, weil er Mieten und Gebäudekosten weiter deutlich erhöht.
- Ungerecht, weil er die soziale Spaltung der Gesellschaft weiter verschärft und einkommensschwache Haushalte in ihren Handlungsspielräumen weiter eingeschränkt werden.
- Kontraproduktiv, weil Wohnungsneubau und Mobilität eingeschränkt werden.
- Überhastet, weil technische Innovationen ihre Zeit benötigen.

## LFA 11 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

- Nicht umsetzbar, weil es nicht ansatzweise genug Handwerkerinnen und Handwerker gibt, um die Maßnahmen rechtzeitig umzusetzen.

Zwei Drittel aller Hamburger Wohngebäude müssten bis dahin energetisch saniert werden. Dies kostet nach heutigen Preisen mindestens 32 Milliarden Euro.<sup>1</sup> Dadurch steigt die Miete einer durchschnittlichen Wohnung mit 76 qm um ca. 150 € / Monat. Zur Zeit werden jährlich etwa 10.000 Wohnungen in Hamburg saniert. In 15 Jahren können realistischere nicht mehr als 200.000 Wohnungen in Hamburg saniert werden. Nach den Vorstellungen der Initiative müssten es allerdings mehr als 500.000 Wohnungen sein. Selbst wenn man dies gesetzlich erzwingen wollte, fehlten dafür die Kapazitäten bei Handwerkern und Unternehmen.

Schon heute werden Investoren durch den teuren und kaum beherrschbaren Wildwuchs an Vorschriften behindert, neue Wohnungen werden extrem teuer oder gar nicht erst gebaut. Für Privatleute gilt das erst recht. Die Initiative mit ihren engen zeitlichen Vorgaben wird den Senat zwingen, ab sofort die energetischen Vorschriften im Wohnungsbau zu verschärfen, um die Ziele erreichen zu können. Auch Neubauten werden betroffen sein. Damit wird es noch schwieriger werden, die desolate Wohnungssituation in Hamburg zu lösen.

Qualität braucht Zeit: Die Techniken, Materialien und Methoden, mit denen Gebäude energetisch saniert werden können, werden erst seit wenigen Jahrzehnten in großem Maßstab eingesetzt und entwickeln sich noch heute weiter, werden effektiver, vielfältiger und günstiger. Zudem sind sinnvolle Maßnahmen sehr individuell und mit Augenmaß durchzuführen, weil Gebäude sehr unterschiedlich und durch ihre Struktur, Lage, Nutzung, Wert und andere Faktoren oftmals nicht durch pauschale Maßnahmen energetisch zu sanieren sind. Wenn wir jetzt im Hau-Ruck-Verfahren alle Sanierungen kurzfristig durchführen (der starre Jahresplan der Initiative erzwingt sofortige Maßnahmen), nehmen wir uns die Chance, die Sanierungen mit etwas mehr Zeit zügig, aber planvoll, geordnet und damit hochwertiger durchzuführen. Die Erfahrung lehrt: „Schnell“ ist oft das Gegenteil von „Gut“ und führt im Nachgang oft zu Qualitätsmängeln und vielfachen Mehraufwänden. Deshalb wollen wir beim Klimaschutz auf Qualität setzen und uns die nötige Zeit dafür nehmen.

Das Hamburger Klimaschutzgesetz (HmbKliSchG) gefährdet bereits jetzt die Wohnkostenstabilität.

Ein Blick über die Landesgrenzen verdeutlicht: Weltweit steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen ungebremst weiter. Insbesondere China und Indien zeigen sich unbeeindruckt von den Beschlüssen der Klimakonferenzen. So hat China allein im Jahr 2024 mit dem Bau von 63 Kohlekraftwerken mit einer Kapazität von 94,5 Gigawatt begonnen<sup>2</sup>. Das ist ein neuer Rekord seit 2015. Der Anteil Deutschlands an den weltweiten Emissionen ist bereits gering (1,8 %<sup>3</sup>); Hamburgs Anteil an den Emissionen Deutschlands ist zudem völlig unbedeutend.

Dennoch unterstützt die FDP Hamburg weiterhin das beschlossene Vorhaben, bis 2045 im Einklang mit den Zielen, die auf europäischer Ebene formuliert wurden, annähernd klimaneutral zu werden.

<sup>1</sup> Vgl. Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW): Machbarkeitsstudie zur Erreichung der Klimaschutzziele im Bereich der Wohngebäude in Hamburg, S. 8  
(<https://www.hamburg.de/resource/blob/234174/87213bc209ec021eac59211d5766154a/2022-10-11-praesentation-machbarkeitsstudie-zur-erreichung-der-klimaschutzziele-im-bereich-der-wohngebaeude-in-hamburg-data.pdf>)

<sup>2</sup> Vgl. Center for Research on Energy and Clean Air (Crea) und Global Energy Monitor (GEM): Bericht 02/2025

<sup>3</sup> Vgl. Emissionsdatenbank der Europäischen Kommission (EDGAR) 2021

## LFA 11 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Eine Vorreiter-Rolle auf Kosten unserer Bürgerinnen und Bürger lehnen wir allerdings ab. Zudem sehen wir einen noch aufzulösenden Dissens in der Wissenschaft bei der Frage, wie stark der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gesenkt werden muss. Klimapolitik kann nur erfolgreich sein, wenn Sie unideologisch, differenziert, effektiv, nachhaltig und von großen Teilen der Gesellschaft getragen wird und dadurch ein weitreichender gesellschaftlicher Konsens über die jeweiligen Maßnahmen entsteht.